

Niederschrift der 14. ordentlichen öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung, am Dienstag, den 23.10.2007 um 20.00 Uhr, in Ober-Mörlen, Schloss, Rittersaal.

Zu der für heute einberufenen Sitzung sind erschienen:

Vom Gemeindevorstand:

Bürgermeister Sigbert Steffens
1. Beigeordneter Wolfgang Richter
Beigeordneter Ludwig König
Beigeordneter Jörg Wetzstein
Beigeordnete Claudia Achtznick
Beigeordneter Karlo Goll

Von der CDU-Fraktion:

Gerd-Christian von Schäffer-Bernstein
Nico Weckler
Jan Weckler
Paul Wagner
Stefan Feuerstein
Werner Heil
Johannes Heil
Wolfgang Achtznick
Christopher Link

Von der SPD-Fraktion:

Kristina Paulenz
Karin Scherer
Erich Kopp
Joachim Reimertshofer
Werner Kautz
Ruth Beddies
Jürgen Gerth
Simon Jung
Achim Glockengießer
Sigrun Gerull

Von der FWG-Fraktion:

Herbert Hahn
Inge König
Brunhilde Reimann-Luckas
Jan Wölfl
Thomas Senger

Von der FDP:

Dr. Alexander Mosert

Von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Michael Friedrich
Harald Stipp-Lass

sowie als Schriftführerin: Sonja Müller

Entschuldigt fehlen: Herr MdG Josef Freundl, Herr MdG Dr. Matthias Heil, Frau MdG Alexandra Wagner, Frau MdG Evelyn Fiedler

VMdG Joachim Reimertshofer eröffnet die 14. Sitzung der Gemeindevertretung um 20.00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung zur 14. ordentlichen öffentlichen Sitzung mit Datum vom 16.06.2007 form- und fristgerecht zugegangen ist. Mit 27 Mitgliedern der Gemeindevertretung ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Zunächst begrüßt VMdG Joachim Reimertshofer Frau Brunhilde Reimann-Luckas als Nachrückerin für Frau Eva Stumpf in der Gemeindevertretung, sowie die zahlreich erschienenen Gäste.

Zur bestehenden Tagesordnung erfolgen keine Änderungen.

TOP 1 Niederschrift der 13. Sitzung der Gemeindevertretung

VMdG Joachim Reimertshofer weist darauf hin, dass in der Niederschrift der 13. Sitzung MdG Erich Kopp versehentlich als anwesend geführt wurde, er aber als entschuldigt aufzuführen gewesen wäre. Weitere Änderungen werden nicht beantragt.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja Stimmen, 4 Enthaltungen

TOP 2 Berichte der Ausschüsse

MdG Kristina Paulenz berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.10.2007.

MdG Jan Wöfl berichtet aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Gesellschaft vom 17.09.2007.

TOP 3 Bericht des Ortsbeirates

Ortsvorsteher Erich Kopp berichtet aus der Sitzung des Ortsbeirates vom 18.09.2007.

TOP 4 Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Die Mitteilungen liegen in schriftlicher Form vor. Für die anwesenden Zuhörer/Innen verliest Bürgermeister Sigbert Steffens die Mitteilungen.

1. Auftragsvergaben

1.1 Verlegung Bushaltestelle Maiberg bzw. Ausbau der Straße Am Erzborn

Für die Durchführung dieser Baumaßnahme ist eine topographische Bestandsaufnahme des gesamten Gebietes notwendig. Der Auftrag für diese erforderlichen Vermessungsarbeiten wurde an ein Friedberger Büro zu einem Preis von 1.500 Euro vergeben.

1.2 Dauerpumpversuch in Ziegenberg

In den dreißiger Jahren wurde in Ziegenberg in der Usatalaue ein Brunnen gesetzt. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde keine weitere Nutzung durchgeführt. Da die Versorgung mit Trinkwasser für die Zukunft eine besondere Aufgabe ist, wird die Regenerierung des Brunnens „Hüttl“ ins Auge gefasst. Für den Wiedergebrauch der Versorgungseinheit sind aber Dauerpumpversuche neben weiterer Begutachtungen erforderlich. Zur Feststellung der Fördermengen wurde die Firma BRM GmbH mit einem Dauerpumpversuch zu einem Gesamtpreis von 5.073,20 Euro beauftragt.

1.3 Sanierungsarbeiten Kapelle östlicher Ortseingang Ober-Mörten

Für die erforderlichen Sanierungsarbeiten an der denkmalgeschützten Kapelle am Ortseingang wurden die Dachdecker- und Mauerwerksarbeiten an Ober-Mörten Firmen vergeben. Die Dachrenovierung umfasst dabei einen Preis von 3.187,11 Euro, die Arbeiten im Bereich des Mauerwerks belaufen sich auf 3.022,12 Euro.

1.4 Erschließung des Gewerbegebietes 3 a

Die Planungsleistungen für die Erschließung des Gewerbegebietes 3 a wurden an eine Ingenieurgesellschaft aus Schöneck vergeben. Die Aufträge für die Leistungsphasen 5 bis 9 belaufen sich bei der Wasserversorgung auf 11.155,13 Euro, bei der Kanalisation auf 25.357,06 Euro und bei dem Straßenbau auf 9.794,93 Euro. Die Kosten des Straßenbaues umfassen lediglich den ersten Bauabschnitt.

1.5 Vermessung des Gewerbegebietes 3 a

Sämtliche Vermessungsleistungen zur Erschließung des Gewerbegebietes 3 a wurden an ein Friedberger Vermessungsbüro zu einem Preis von 12.845,20 Euro vergeben. In diesem Preis ist die Generalvermessung aller Grundstückserschließungen vorgesehen.

1.6 Steinmetzarbeiten im Schlosshof

Für die Sanierung des Schlosshofes und der Wirtschaftsgebäude im Bauabschnitt Arkaden und Remise wurde die vollflächige Verfübung beider Remisen zu einem Gesamtpreis von 9.973,68 Euro an die Fa. Merz vergeben. Mit der qualitativ hochwertigen Ausführung der Steinmetz- und Verfübungsarbeiten soll eine dauerhafte Ausgestaltung der denkmalgeschützten Innenräume erfolgen.

-2-

1.7 Kanalsanierung Belgasse

Ingenieurleistungen der Phasen 5 bis 9 für die Kanalarbeiten im Bereich der Belgasse erhält eine Ingenieurgesellschaft aus Schöneck zum Preis von 5.824,41 Euro. Bei der Durchführung der Kanalsanierung soll im Inlinerverfahren eine Verbesserung des Kanalsystems herbeigeführt werden.

1.8 Bolzplatz Langenhain-Ziegenberg

Der Gemeindevorstand hat der Ausschreibung der Arbeiten zur Gestaltung des Bolzplatzes in Langenhain-Ziegenberg zugestimmt. Bei einem einzuhaltenden Kostenrahmen von 16.000 Euro sollen neben Ballfangzäunen auf beiden Stirnseiten, massiv eingebaute Tore aus Stahlrohrrahmen sowie gestalterische Maßnahmen in Form von Bänken und Radständern aufgestellt werden.

1.9 Straßenbau Käuzchenweg und Gehweg Lekkerkerkplatz

In einer Gesamtvergabe wurde der Straßenbau Käuzchenweg und die Herstellung eines Gehweges am Lekkerkerkplatz an eine Hüttenberger Firma zu einem Gesamtpreis von 130.866,38 Euro in Auftrag gegeben. Der Ausbau des Käuzchenweges wird wegen der topographischen Gegebenheiten in „alpiner“ Ausbaugeweise erfolgen. Die Anwohner werden für diese Baumaßnahme wegen der Ersterschließung ihrer Grundstücke an den Kosten beteiligt.

TOP 5. Wahl des Seniorenbeirates

Zunächst erläutert VMdG Joachim Reimertshofer den Ablauf der Wahl.

Herr Bgm. Sigbert Steffens fungiert als Wahlvorstand.

Gewählt wurden:

Aus der Gemeindevertretung Frau Ruth Beddies mit 24 Stimmen und
Herr Wolfgang Achtnick mit 21 Stimmen.

Aus der Bevölkerung:

Herr Erik Meyer mit 23 Stimmen,
Herr Sigfried Litterscheid mit 18 Stimmen
Herr Walter Geck mit 18 Stimmen und
Frau Renate Rößler mit 17 Stimmen

TOP 6 Konzipierung der Jugendpflege
(Vorlage des Gemeindevorstandes vom 23.05.2007)
- Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales und Gesellschaft vom 17.09.2007
- Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.10.2007

Entsprechend den Beschlussvorschlägen des Ausschusses Soziales und Gesellschaft und des Haupt- und Finanzausschusses wird der Gemeindevertretung empfohlen,

1. das vom Gemeindevorstand vorgelegte Konzept vom 16.05.2007 anzunehmen;
2. die Jugendpflege wird weiterhin mit einer ganzen Stelle ausgeübt;
3. der Haushaltsbegleitbeschluss 2007 bezüglich des Stellenplans wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 5 Nein Stimmen, 4 Enthaltungen

TOP 7 Weihnachtsdekoration in den Straßen von Ober-Mörlen und Langenhain-Ziegenberg
(Antrag der CDU-Fraktion vom 30.09.2006)
- Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales und Gesellschaft vom 17.09.2007
- Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.10.2007

Der Ausschuss Soziales und Gesellschaft und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

In Ober-Mörlen:

Die Frankfurter Straße ist zwischen Usabrücke und Beginn Usinger Straße an den Straßenlampen mit den Sternen MB 24 der Firma Jelitto Star auszustatten.

Des weiteren die Usinger Straße ab Neugasse bis Bushaltestelle Usatalhalle an jeder 2. Straßenlaterne mit den Sternen MB 24 zu versehen.

In Langenhain-Ziegenberg:

Entlang der Usinger Straße im Ortsbereich sowie der Hauptstraße zwischen Kirche und Rathaus sind an jeder zweiten Straßenlampe die Sterne MB 24 anzubringen.

Die benötigten Gelder (ca. 20.000 €) werden aus der Rücklage entnommen. Die Weihnachtsdekoration soll noch dieses Jahr installiert werden.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

TOP 8 Sport- und Kulturzentrum (Usatalhalle)
(Vorlage des Gemeindevorstandes vom 10.10.2007)

Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

1. Auf Grund der durchgeführten Standortuntersuchung und der damit in Verbindung stehenden Lärmprognose wird von weiteren Planungsvorgängen zum Standortausbau Lekkerkerkplatz abgeraten (siehe Nutzungseinschränkungen durch die Vorgaben des Lärmgutachtens zum aktuellen Standort. In diesem Zusammenhang wird der Abbruch der Usatalhalle und eine Vermarktung der vorhandenen Fläche als Wohnbaufläche mit entsprechender Bauleitplanung überprüft.
2. Entscheidung zu weiteren Planungsvorgängen zur Ertüchtigung und Erweiterung der Usatalhalle trotz vorhandenem Lärmschutzgutachten und den daraus resultierenden Nutzungseinschränkungen, oder die Entscheidung über Planung und Entwurf eines Neubaus mit einem Standort in dem Gebiet
A) „In den Weiden“ oder
B) „Gewerbegebiet 3a“

3. Die Entscheidung, im Falle eines gewünschten Neubaus, über die Art der zu planenden Hallenkonstruktion für den
- 1) Neubau eines Sport- und Kulturzentrums als ein Gesamtgebäude oder
 - 2) Neubau einer reinen Sporthalle + Neubau einer reinen Kulturhalle

VMdG Joachim Reimertshofer weist darauf hin, dass die Nummern 2. und 3. Dieser Beschlussempfehlung keine Anträge im Sinne der Geschäftsordnung darstellen, da sie keine klare für die Verwaltung ausführbare Anweisung enthalten (§ 11 Abs. 2 S. 1 der Geschäftsordnung).

Abstimmungsergebnis über Punkt 1: 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen.

TOP 9 Sanierung der Usatalhalle und Bau einer Sporthalle auf dem Lekkerkerkplatz (gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.09.2007)

Die Fraktionen von SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen beantragen, die Gemeindevertretung möge beschließen:

- 1 a) Auf dem Lekkerkerkplatz wird eine Zwei-Feld-Sporthalle für maximal 199 Zuschauer entweder nördlich oder südlich und um 90 Grad versetzt zur Usatalhalle errichtet.
- b) Die Usatalhalle wird gründlich saniert und für kulturelle Zwecke mit einer festen Bühne versehen.
- c) Mit der Planung ist noch in diesem Jahr ein Fachbüro für Sporthallenbau zu beauftragen. Die Maßnahmen a) und b) sollen im Jahr 2009 abgeschlossen sein.
2. Auf der Grundlage vorgenannter Entscheidungen wird ein detailliertes Vorentwurfs- und Finanzierungskonzept erarbeitet. Dieses Finanzierungskonzept wird dann „maßgeschneidert“ für die konkrete Entwurfsvariante in Bezug auf Baumasse, Ausstattung usw.
3. Das Finanzierungskonzept wird der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) zur Erlangung zinsgünstiger Darlehen vorgelegt. Andere Fördermittel sind vom Planer zu überprüfen.

Die CDU-Fraktion beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Bau- und Verkehr und den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen

Abstimmungsergebnis über den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktionen SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen: 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten eröffnet VMdG Joachim Reimertshofer die Sitzung erneut um 22.27 Uhr.

**TOP 10 Außerplanmäßige Ausgabe gem. § 100 Abs. 1 HGO
- Rückzahlung nicht verausgabter Mittel aus dem Rücklauf der Grundwasserabgabe
(Vorlage des Gemeindevorstandes vom 12.09.2007)**

Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 6.922,89 Euro für die Rückzahlung nicht verausgabter Mittel aus dem Rücklauf der Grundwasserabgabe bei der Haushaltsstelle 2.8150.982000.2 (Grundwassersparende Maßnahmen öffentlicher Bereich). Die finanziellen Mittel für die Ausgabe stehen über die Allgemeine Rücklage zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

**TOP 11 Sanierung Feldwege im Außenbereich
(Vorlage des Gemeindevorstandes vom 26.10.2007)**

Auch hier verweist VMdG Joachim Reimertshofer darauf, dass es sich hier nicht um einen „Antrag“ im Sinne der Geschäftsordnung handelt.

MdG Thomas Senger beantragt, die Angelegenheit nochmals im Ausschuss für Bau und Verkehr zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

**TOP 12 Abriss der Alten Mädchenschule und anschließende Platzgestaltung im Rahmen
des Städtebauförderungsprogramms
(Antrag der SPD-Fraktion vom 30.08.2007)**

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge beschließen:

„Der Gemeindevorstand wird aufgefordert:

1. umgehend den Antrag auf Streichung der Alten Mädchenschule aus dem Denkmallbuch/der Denkmalliste in Wiesbaden zu stellen;
2. nach dem Bescheid aus Wiesbaden die Niederlegung der Alten Mädchenschule zu beauftragen;
3. die Platzgestaltung in Anlehnung an den historischen Platz mit einer Fläche, die zum Parken von Pkw genutzt werden kann, in Auftrag zu geben.“

MdG Herbert Hahn bittet um Einzelabstimmung zu den Punkten 1 – 3 und beantragt folgende Änderung zu Punkt 3: „Die Planung der Platzgestaltung in Anlehnung an den historischen Platz mit einer Fläche, die zum Parken von Pkw genutzt werden kann in Auftrag zu geben und der Gemeindevertretung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnisse:

Punkt 1	26 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung
Punkt 2	23 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen
geänderter Punkt 3	26 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**TOP 13 Einrichtung einer bilingualen Modellgruppe in einer Kindertagesstätte
(Antrag der FDP vom 05.10.2007)**

MdG Dr. Alexander Mosert beantragt, die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, in der Kindertagesstätte „Sternschnuppe“ eine bilinguale (Deutsch-Englisch) Modellgruppe einzurichten, die nach dem Immersionskonzept arbeitet.

Die Umstellung sollte kostenneutral erfolgen und mit der Einstellung neuer Erzieherinnen berücksichtigt werden.

MdG Jan Wölfl beantragt die Verweisung in den Ausschuss Soziales und Gesellschaft.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

**TOP 14 Erhöhung der Verkehrssicherheit für Nutzer des Radweges zwischen Ober-Mörlen und Nieder-Mörlen
(Antrag der FWG-Fraktion vom 12.10.2007)**

Die FWG-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, beim Amt für Straßen- und Verkehrswesen darauf hinzuwirken, dass der Radweg an der B 275 zwischen Ober-Mörlen und Nieder-Mörlen im Bereich der Autobahnunterführung zur Bundesstraße hin durch geeignete Maßnahmen geschützt wird.

Auf Antrag von MdG Michael Friedrich wird der Antrag noch erweitert:
Der Radweg an der B 275 ist ordnungsgemäß auszuschildern, so dass er auch aus der Richtung Nieder-Mörlen genutzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

TOP 15 Anfragen

**15.1 B-Plan „Teilgebiet zwischen Heinrich-Gebhard-Straße und Mühlenweg“
(Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.08.2007)**

Im Vermögenshaushalt des laufenden Jahres stehen für die Ausführung des 2. Bauabschnittes Mühlenweg-B275-Hauptstr. 327.500 Euro zur Verfügung. Da wir uns im letzten Drittel des Jahres befinden, lauten unsere Fragen:

1. In welchem Stadium der Umsetzung befindet sich das Bauvorhaben?
2. ist die Zuwendung für den Radweg in Höhe von 154.000 Euro vom Land bereits eingegangen?
3. Wann erfolgt der Bau des 2. Abschnittes des Rad-/Fußweges definitiv?

Zu 1.) Die im Haushalt 2007 eingesetzten Mittel von 327.500 Euro für den Radweg, 2. Bauabschnitt wurden zum Teil bereits für die Planung verwendet. Die Planung ist fertig und war Basis für den Antrag beim Hessischen Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen. Bauvorbereitende Maßnahmen wie z. B. Baugrunduntersuchungen sind bereits ausgeführt.

Zu 2.) Der Bescheid in Höhe von bis zu 145.900 Euro ist am 14.09.2007 eingegangen. Die Verpflichtungsermächtigung für 2008 beträgt 100.000 Euro, für das Jahr 2009 45.900 Euro.

Zu 3.) Mit der Ausschreibung zu den Bauarbeiten kann nach Rechtskraft des Haushaltsplanes sofort begonnen werden. Die ermittelte Bausumme von 360.000 Euro muss vor Ausschreibung in Gänze zur Verfügung stehen.

**15.2 Sachstand B 275
(Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.09.2007)**

In einem Gespräch zwischen dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr mit der Gemeinde Ober-Mörlen unter Beteiligung von Landtagspräsident Kartmann wurde am 08.04.2007 u.a. als Ergebnis vereinbart, dass die Gemeinde Ober-Mörlen sich verpflichtet, das Vorhaben einer neuen

Trassenführung für die B 275 a mit der Stadt Bad Nauheim abzustimmen mit der Zielsetzung einer einvernehmlichen Beschlusslage der kommunalen Gremien. Dies sei die Voraussetzung dafür, dass das Land Hessen das modifizierte Projekt dem Bund für eine Neubewertung im Rahmen der Überschreibung des Bundesfernwegeplanes 2009 vorschlagen kann. Außerdem habe die Gemeinde Ober-Mörlen in ihrer Verantwortung eine Untersuchung der verkehrlichen Wirkung und der Kosten denkbarer Planungsalternativen zu beauftragen. Fachlich unterstützt werden soll die Gemeinde beim HSVV.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was hat der Gemeindevorstand seit dem Gespräch mit dem Ministerium unternommen, um das Ziel zu erreichen, die von der Gemeindevertretung einstimmig beschlossene Änderung in der Trassenführung voranzutreiben und eine Aufnahme in den „Vordringlichen Bedarf“ der Fortschreibung des Bundesfernwegeplans 2009 zu erreichen?
2. Liegt bereits die schriftliche Zustimmung der Stadt Bad Nauheim vor? Wenn ja, welches Gremium der Stadt Bad Nauheim hat zugestimmt? Ist dies im Sinne der Vereinbarung mit dem Ministerium ausreichen? Wenn nein: Warum liegt noch keine schriftliche Zustimmung vor? Was gedenkt der Gemeindevorstand zu tun, um hier voran zu kommen?
3. Gibt es eine Maßnahmeplanung mit Zeitschiene für das weitere Vorgehen im Sinne der Vereinbarung mit dem Ministerium? Wenn ja, kann dieser der Gemeindevertretung vorgelegt werden? Wenn nein, warum gibt es keine Planungen?

Die Anfrage der CDU-Fraktion wird wie folgt beantwortet:

Zu 1. u. 3.) Der Gemeindevorstand hat mehrere Gespräche – wie bereits berichtet – zuletzt am 26.09.07 mit den Verantwortlichen des Fachbereiches Kreisentwicklung geführt. Bei diesem Gespräch wurde vereinbart, dass der Wetteraukreis die Hälfte der Planungskosten übernimmt. Detaillierte Vereinbarungen über das weitere Vorgehen führt der Wetteraukreis derzeit mit dem ASV und dem Verkehrsministerium. Danach wird eine Zeitschiene über das weitere Vorgehen festgelegt.

Zu 2.) Ein Schreiben des Fachbereiches Stadtentwicklung des Magistrats der Stadt Bad Nauheim, unterschrieben von Herrn Bürgermeister Bernd Witzel, wurde am 16.05.07 an den zuständigen Kreisbeigeordneten gesandt. Darin heißt es, wörtlich zitiert: „Entgegen Ihren Ausführungen ist im aktuell gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Bad Nauheim keine Straßentrasse B 275 a enthalten. Seitens der Stadt Bad Nauheim wird das Vorhaben B 275 a nicht verfolgt.“

Der so dargestellte Sachverhalt findet bei allen weiteren Besprechungen Beachtung.

15.3 Konzepterstellung „Werbung für Ober-Mörlen als Erstwohnsitz“ (Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.09.2007)

Der Gemeindevorstand wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung am 19.04.2007 einstimmig aufgefordert, ein Konzept für Ober-Mörlen als Erstwohnsitz bis Juli 2007 zu erstellen. In der Gemeindevertreterversammlung vom 04.07.2007 wurde der Beschluss mehrheitlich bekräftigt.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was hat der Gemeindevorstand bisher zur Umsetzung des Beschlusses der Gemeindevertretung getan?
2. Wann ist mit der Vorlage des Konzeptes zu rechnen?

Zu 1.) Durch das Bürgerbüro wurden im August 2007 423 Personen ein Hinweisschreiben zu den Bedingungen des Hessischen Meldegesetzes zugestellt. Davon gingen bisher 72 Rückantworten ein, von denen 60 Personen ihren Zweitwohnsitz abgemeldet haben.

Bei jeder Neuanmeldung wird entsprechend des Beschlusses der Gemeindevertretung eine Mustermappe ausgehändigt. In ihr sind alle ortsrelevanten Mitteilungen und bürgererhebliche Daten enthalten.

Zu 2.) Es ist beabsichtigt, nach Durchführung eines einjährigen Probelaufes über die Erstellung eines Konzeptes zu entscheiden.

MdG Jan Weckler fragt nach, ob es zu Statuswechseln (das heißt Nebenwohnung abmelden und dafür eine Hauptwohnung anmelden) gekommen sein.

Hierzu bittet Frau Müller um das Wort und teilt ihm mit, dass sich keiner der 60 Personen mit Hauptwohnsitz bei uns angemeldet haben, da es sich hierbei meist um 20 – 30 Jährige handle, die ihren Nebenwohnsitz noch bei den Eltern hatten. Durch unser Anschreiben wurden sie darauf aufmerksam gemacht, dass es völlig in Vergessenheit geraten war, diese Nebenwohnung abzumelden.

15.4 Lärmbelästigung durch die Diskothek in der Hasselhecker Straße (Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.10.2007)

Verstärkt kommt es von Anwohnern in der oberen Hasselhecker Straße zu Beschwerden wegen Lärmbelästigung bis in die frühen Morgenstunden durch die dortige Diskothek am Wochenende. Diese Beschwerden wurden mittlerweile seit einem Jahr und wiederholt der Gemeindeverwaltung und dem Bürgermeister vorgetragen.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung:

1. Welche Maßnahmen wurden von Seiten der Gemeinde bisher in die Wege geleitet, um der Lärmbelästigung der Anwohner durch die Diskothek entgegen zu wirken?
- 2.1 Zu welchem Ergebnis kommt das der Gemeinde vorliegende Schallschutzgutachten des TÜV aus dem Jahre 2004?
- 2.2 Ist es richtig, dass in dem Gutachten zahlreiche lärmdämmende Auflagen gemacht werden, die eine Voraussetzung zum Betreiben einer Diskothek sind und die bereits seit drei Jahren nicht eingehalten werden? Wenn ja, welche Maßnahmen will der Gemeindevorstand einleiten, damit diese Auflagen eingehalten werden und der Lärmbelästigung Einhalt geboten wird? Werden auch rechtliche Mittel in Erwägung gezogen?

Die Anfrage des Herrn von Schäffer-Bernstein beantworten wir wie folgt:

Es erfolgte eine schriftliche Anzeige beim Kreisbauamt des Wetteraukreises bezüglich Überprüfung der Schallschutzmaßnahmen und Immissionswerte.

Die bauordnungsrechtliche Prüfung obliegt dem Kreisbauamt des Wetteraukreises.

Nach Abschluss dieser Prüfung und Würdigung der Ergebnisse sind rechtliche Schritte zu prüfen.

MdG Jan Weckler fragt nach ob es sich bei unserem Gewerbegebiet um ein reines Gewerbegebiet handele oder um ein Mischgebiet. Bgm Sigbert Steffens teilt ihm mit, dass es sich um ein reines Gewerbegebiet mit Betreiberwohnungen handele. Er möchte aber zu dieser Anfrage keine weiteren Angaben mehr machen, da die Gemeinde ein Schreiben eines Anwaltes erhalten habe.

15.5 Kinderbetreuung in Ober-Mörlen (Anfrage der FWG-Fraktion vom 12.10.2007)

In den letzten Jahren wurde von kommunaler Seite oder mit kommunaler Unterstützung ein erhebliches Betreuungsangebot für Kinder im Vorschulalter und Grundschüler aufgebaut. Dazu bitte wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Deckt das Angebot im Vorschulbereich die aktuelle Nachfrage?
2. Wie wird sich die Nachfrage im Vorschulbereich voraussichtlich entwickeln?
3. Die gemeindeeigene Kindertagesstätte verzeichnet eine immer stärkere Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung und Nachmittagsbetreuung. Hält der Gemeindevorstand eine stärkere Gebührendifferenzierung zwischen Vormittags- und Ganztagsbetreuung für geboten?
4. Welche Pläne bestehen an der Wintersteinschule hinsichtlich Mittagsverpflegung und Ganztagsbetreuung?
5. Durch den Wegfall des Hauptschulzweiges an der Wintersteinschule und durch zuletzt nur zwei Parallelklassen an der Grundschule dürfte der Raumbedarf der Schule stark rückläufig sein. Gibt es Planungen zur Nutzung schulischer Räume für das Spatzennest?

Die Anfrage der FWG-Fraktion wird wie folgt beantwortet:

Zu 1.) Ja, das Betreuungsangebot deckt die Nachfrage. Die KiTa ist gut ausgelastet. Es stehen zur Zeit keine Anmeldungen an. Eine Warteliste besteht ebenfalls nicht.

Zu 2.) Was die Nachfrage der pädagogischen Angebote betrifft, wird ein guter Zulauf und großes Interesse verzeichnet. Alle Angebote, wie das Experimentieren, der PC-Führerschein, das Würzburger Trainingsprogramm zur „phonologischen Bewusstheit“, Früh-Englisch, Vorlesezeit und Kunst für Kinder, werden gut angenommen und sind sehr beliebt.

Zu 3.) Das derzeitige Konzept kommt, laut Mitteilung der Kindertagesstätte, bei der Elternschaft sehr gut an, weil es sehr flexibel ist und eine Gleichberechtigung für alle Kinder schafft. Organisatorisch ist es zu leisten und für die Zukunft weiterhin gut durchführbar, daher ist eine Gebührendifferenzierung nicht von Interesse.

Zu 4.) Die Wintersteinschule hat einen eigenen Antrag auf Ganztagsbetreuung gestellt, der derzeit noch im Ranking der Anträge anderer Schulen vom Wetteraukreis bearbeitet wird.

Ergänzend zu diesem Antrag wurden mehrere Gespräche mit dem Verein Spatzennest geführt, der neben dem derzeit bestehenden Angebot eine erweiterte Betreuung ab dem kommenden Schuljahr in den Räumlichkeiten der Wintersteinschule vorsieht.

Zu 5.) In mehreren Besprechungen mit den zuständigen Fachbereichen des Wetteraukreises wurde die Nutzung von Räumlichkeiten der Wintersteinschule ab dem kommenden Schuljahr (Juli 2008) für eine quasi Ganztagsbetreuung zugesagt. Diese Betreuung kann dann vorerst von dem Verein Spatzennest übernommen werden. Eine detaillierte Absprache dazu ist mit der Schulleitung für Beginn des Jahres 2008 vorgesehen. Weiterhin wurde der Kath. Pfarrgemeinde angedeutet, dass danach für die Nutzung der Räume des St. Joseph Hauses eine Kündigung bevorsteht.

MdG Jan Weckler teilt mit, dass die zweite Frage wohl falsch verstanden wurde. Er wollte erfahren, wie die Auslastung in den Kindertagesstättenplätze in den kommenden Jahren sei. D.h. wieviele Kinder in den letzten Jahren geboren wurden.

15.6 Errichtung bzw. Erneuerung von Unterstellmöglichkeiten an Bushaltestellen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.10.2007)

In der Gemeindevertreterversammlung am 28.04.2005 wurde der Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung bzw. Erneuerung der Unterstellmöglichkeiten an Bushaltestellen mehrheitlich angenommen. Der Antrag beinhaltet den Auftrag an den Gemeindevorstand, den Bedarf, die Kosten und die möglichen Bezuschussungsmöglichkeiten zu ermitteln und der Gemeindevertretung vorzulegen.

Dies ist bis heute nicht geschehen.

Die CDU-Fraktion bittet daher um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele neue Unterstandsmöglichkeiten für die Bushaltestellen werden benötigt?
2. Wie hoch sind die Kosten?
3. Wie hoch sind die Bezuschussung für das Projekt?
4. Welche zusätzlichen Arbeiten sind erforderlich?
5. Wann kann mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen werden?

Die Anfrage beantworten wir wie folgt:

1. Es werden fünf neue Unterstandsmöglichkeiten benötigt.
2. Die Kosten belaufen sich auf ca. 50.000,00 €.
3. Bei dieser Kostensumme besteht keine Bezuschussung; die Bagatellgrenze liegt bei 100.000,00 €.
4. Beim nicht-behindertengerechtem Ausbau sind keine zusätzlichen Arbeiten erforderlich, bei behindertengerechtem Ausbau pro Haltestelle ca. 67.000,00 €.
5. Von einer Umsetzung im Jahr 2007 ist nicht auszugehen. Die notwendigen Mittel werden im Haushalt für das Jahr 2008 wieder bereitgestellt.

Die Vergaberichtlinien für die Usatalhalle und Schulsporthalle liegen in schriftlicher Form vor und werden verteilt.

TOP 16 Aktuelle Anfragen

Es liegen keine aktuellen Anfragen vor.

Ende der Sitzung: 23.08 Uhr

Ober-Mörlen, den 29.10.2007

Joachim Reimertshofer
Vors. Mitglied der Gemeindevertretung

Sonja Müller
Schriftführerin